

# Landtag

17. Sitzung vom 17. Dezember 1993  
Sitzungsprotokoll

(Beginn um 9.02 Uhr)

Vorsitzende: Erste Präsidentin Christine Schirmer, Zweiter Präsident Outolny und Dritter Präsident Dr Hirnschall.

Schriftführer: Die Abgen Dr Gertrude Brinek, Elisabeth Fleischmann, Brunhilde Fuchs, Ing Rolf Huber, Hufnagl, Margulies, Hermine Mospöckner, Steier, Mag Heidemarie Unterreiner, Renate Winklbauer und Zeihsel.

Präsidentin Christine Schirmer eröffnet die Sitzung.

1. Entschuldigt sind LHptm Dr Zilk und StRin Maria Hampel-Fuchs sowie die Abgen Haubenburger, Nettig, Dr Tschirf und Dr Wawra.

Präsidentin Christine Schirmer übermittelt, im Einvernehmen mit den zwei Präsidenten des Wiener Landtags und den vier Klubvorsitzenden, Genesungswünsche an die Briefbombenopfer.

2. In der Fragestunde werden von Präsidentin Christine Schirmer folgende Anfragen aufgerufen und von den Befragten beantwortet:

1. Anfrage (PrZ 660/LM.): Abg Susanne Jerusalem an die Amtsführende Stadträtin der Geschäftsgruppe Bildung, Jugend, Familie, Soziales und Frauenfragen:

Warum wurde im Wiener Modell zur Bestellung von Schuldirektorinnen und Schuldirektoren, entgegen allen öffentlichen Beteuerungen von Seiten der sozialdemokratischen Fraktion, erneut nichts gegen parteipolitische Einflußnahme und Proporzbestellungen unternommen?

2. Anfrage (PrZ 652/LM.): Abg Prochaska an den Amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Finanzen, Wirtschaftspolitik, Wiener Stadtwerke:

Sind Sie bereit, im Rahmen einer Änderung des Wiener Bezügegesetzes, bei der alle Wiener Politiker im kommenden Jahr auf eine Erhöhung ihrer Bezüge verzichten, diese Mittel in einem eigenen Fonds ausschließlich zur Hilfe notleidender Familien zu verwenden, wie dies der Niederösterreichische Landtag bereits beschlossen hat?

3. Anfrage (PrZ 609/LM.): Abg Römer an den Amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Gesundheits- und Spitalswesen:

Welche Veranlassungen wurden getroffen, damit die Untersuchungen nach Anträgen auf Pflegegeld in angemessener Zeit erfolgen können?

4. Anfrage (PrZ 633/LM.): Abg Brunhilde Fuchs an den Amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Finanzen, Wirtschaftspolitik, Wiener Stadtwerke:

Wie hat sich der vor vier Jahren eingeführte Grüne Stromsparitarif in der Praxis bewährt?

5. Anfrage (PrZ 634/LM.): Abg Wurm an den Amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Finanzen, Wirtschaftspolitik, Wiener Stadtwerke:

Die Finanzausgleichspartner haben Unterstützungsmaßnahmen für jene Gemeinden vereinbart, die durch den Wegfall der Gewerbesteuer Einnahmeverluste erleiden. Wie sehen diese Regelungen konkret aus?

6. Anfrage (PrZ 659/LM.): Abg Kenesei an den Amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Finanzen, Wirtschaftspolitik, Wiener Stadtwerke:

Welche konkreten Maßnahmen haben Sie in Ihrer Funktion als zuständiges Mitglied der Landesregierung gesetzt, um mit der Bundesregierung in Verhandlung über den Beschlußantrag vom 18. November 1993 bezüglich "Erhöhung der Mineralölsteuer für Benzin- und Dieseltreibstoffe um 1 Schilling ab 1. Jänner 1994 und Zweckbindung dieser Mittel für die Länder zum Ausbau der öffentlichen Nahverkehrsmittel" zu treten?

7. Anfrage (PrZ 649/LM.): Vom Fragesteller zurückgezogen.

8. Anfrage (PrZ 662/LM.): Abg Dipl-Ing Engl an den Amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Umwelt und Sport:

Welche Anstrengungen werden seitens des Landes Wien unternommen, um bei den laufenden Verhandlungen der Bundesregierung in Brüssel Ausnahmeregelungen vor einer eventuellen Unterfertigung des EURATOM-Vertrags zu erreichen?

3. Präsidentin Christine Schirmer teilt mit, daß von Abgen der Freiheitlichen Partei Österreichs eine schriftliche Anfrage eingebracht wurde:

(PrZ 1767/LF.) Anfrage der Abgen Herzog, Dr Günther und Blind an den Amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Bürgerdienst, Inneres, Personal, betreffend den Vollzug des Aufenthaltsgesetzes.

Präsidentin Christine Schirmer teilt mit, daß von Abgen der Freiheitlichen Partei Österreichs zwei Anträge und von Abgen der Sozialdemokratischen Partei Österreichs ein Antrag eingebracht wurden:

(PrZ 1768/LAt.) Der Antrag der Abgen Herzog und Dr Günther, betreffend Neufassung des Personalvertretungsrechts der Gemeinde Wien, wird dem Amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Bürgerdienst, Inneres, Personal zugewiesen.

(PrZ 1769/LAt.) Der Antrag des Abgen Zeihsel, betreffend das Gesetz über Kanalanlagen und Einmündungsgebühren, wird dem Amtsführenden Stadtrat der

Geschäftsgruppe Umwelt und Sport zugewiesen.

(PrZ 1770/LAt.) Der Antrag der Abgen Ing Svoboda, Brix, Huber und Genossen, betreffend Nationalpark Donau-March-Thaya-Auen, wird dem Amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Umwelt und Sport zugewiesen.

(PrZ 1771/LAt.) Präsidentin Christine Schirmer teilt mit, daß die Abgen Fürst und Mag Karl gemäß § 34 Abs 1 der Geschäftsordnung eine Gesetzesvorlage, betreffend Änderung der Verfassung der Bundeshauptstadt Wien (§ 73), eingebracht haben, und weist diesen Antrag dem Ausschuß für Bürgerdienst, Inneres, Personal zu.

4. Präsidentin Christine Schirmer nimmt eine Umstellung der Tagesordnung insofern vor, als die zur Verhandlung gelangenden Geschäftsstücke wie folgt geordnet werden:

Postnummern 1, 2, 3, 4, 5, 9, 10, 11, 6, 7 und 8.

Berichterstatter: Amtsf StR *Hatzl*

5. (PrZ 4119, P 1.) Der in der Beilage Nr 27 enthaltene Entwurf eines Gesetzes, mit dem die Verfassung der Bundeshauptstadt Wien geändert wird, wird in erster und zweiter Lesung zum Beschluß erhoben.

6. (PrZ 4279, P 2.) Der in der Beilage Nr 31 enthaltene Entwurf eines Gesetzes, mit dem die Verfassung der Bundeshauptstadt Wien (Wiener Stadtverfassung - WStV) geändert wird, wird in erster und zweiter Lesung zum Beschluß erhoben.

7. (PrZ 4238, P 3.) Der in der Beilage Nr 23 enthaltene Entwurf eines Gesetzes, mit dem das Wiener Personalvertretungsgesetz geändert wird, wird in erster und zweiter Lesung zum Beschluß erhoben.

8. (PrZ 4239, P 4.) Der in der Beilage Nr 25 enthaltene Entwurf eines Gesetzes, mit dem die Besoldungsordnung 1967 (43. Novelle zur Pensionsordnung 1966), das Ruhe- und Versorgungsgenußzulagegesetz 1966 (11. Novelle zum Ruhe- und Versorgungsgenußzulagegesetz 1966) und das Wiener Bezügegesetz geändert werden, wird in erster und zweiter Lesung zum Beschluß erhoben.

(PrZ 1819/LAt.) Der Beschlußantrag der Abgen Prochaska und Mag Karl, betreffend Wiener Bezügegesetz, wird dem Ausschuß für Finanzen, Wirtschaftspolitik, Wiener Stadtwerke zugewiesen.

9. (PrZ 4240, P 5.) Der in der Beilage Nr 24 enthaltene Entwurf eines Gesetzes, mit dem die Dienstordnung 1966 (23. Novelle zur Dienstordnung 1966) und die Vertragsbedienstetenordnung 1979 (26. Novelle zur Vertragsbedienstetenordnung 1979) geändert werden,

wird in erster und zweiter Lesung zum Beschluß erhoben.

Berichterstatter: Amtsf StR Dr *Svoboda*

10. (PrZ 4276, P 9.) Der in der Beilage Nr 28 enthaltene Entwurf eines Gesetzes, mit dem die Bauordnung für Wien geändert wird, wird in erster und zweiter Lesung zum Beschluß erhoben.

Berichterstatter: Amtsf StR Dr *Häupl*

11. (PrZ 3972, P 10.) Der in der Beilage Nr 16 enthaltene Entwurf eines Gesetzes, mit dem die Wiener Landerbeitsordnung 1990 und die Wiener land- und forstwirtschaftliche Berufsausbildungsordnung 1992 geändert werden, wird in erster und zweiter Lesung zum Beschluß erhoben.

12. (PrZ 4277, P 11.) Der Naturschutzbericht 1992 wird zustimmend zur Kenntnis genommen.

(PrZ 1820/LAt.) Der Beschlußantrag der Abg Hannelore Weber und FreundInnen, betreffend Nationalpark Donau-Auen, wird dem Ausschuß für Umwelt und Sport zugewiesen.

Berichterstatter: LhptmSt *Mayr*

13. (PrZ 4110, P 6.) Der in der Beilage Nr 29 enthaltene Entwurf eines Gesetzes, mit dem die Wiener Abgabenordnung und das Gesetz über die Einhebung einer Dienstgeberabgabe geändert werden, wird mit nachstehenden Änderungen in erster und zweiter Lesung zum Beschluß erhoben.

(PrZ 1818/LAt.) Folgender Abänderungsantrag der Abgen Sramek, Ing Svoboda, Oblasser und Genossen wird angenommen:

Der Bestimmung des Art I Z 3 (§ 160 Abs 2 Wiener Abgabenordnung) wird folgender Satz hinzugefügt:

"Im Fall der nachträglichen Herabsetzung der Abgabenschuld sind die Stundungszinsen, die auf den Minderungsbetrag entfallen, abzuschreiben."

14. (PrZ 4249, P 7.) Der in der Beilage Nr 30 enthaltene Entwurf eines Gesetzes, mit dem das Lebviehhaushaltsabgabengesetz 1983 aufgehoben wird, wird in erster und zweiter Lesung zum Beschluß erhoben.

15. (PrZ 4338, P 8.) Der in der Beilage Nr 32 enthaltene Entwurf eines Gesetzes, mit dem das Kanalräumungs- und Kanalgebührengesetz 1978 und das Umweltabgabengesetz geändert werden, wird in erster und zweiter Lesung zum Beschluß erhoben.

(Schluß um 16.22 Uhr)

Der/Die Schriftführer/in:

Die Erste Präsidentin: